



## Offener Brief

An die

AfA in NRW

Mitglieder des AfA-Bundesvorstandes mit der Bitte um Weiterleitung an die AfA-Untergliederungen

Mitglieder des AfA Bundesausschusses

Zur Kenntnis an die Gewerkschaften im DGB

Düsseldorf, den 15. Juli 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

angesichts der Bedeutung der Situation in Griechenland halten wir es für dringend erforderlich, dass wir als AfA Stellung nehmen.

Wir haben im Vorfeld des Referendums in Griechenland an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion die Forderung gerichtet:

*„Respektierung des souveränen Willens und der souveränen Entscheidungen des griechischen Volkes: Schluss mit den zerstörerischen Spar-, Privatisierungs- und Deregulierungsdiktaten. Schluss mit allen Ultimaten und Drohungen an die Adresse des griechischen Volkes, seiner Arbeiterschaft und Jugend.“*

Das Ergebnis des Referendums ist eindeutig, obwohl die Medien bis die ersten Ergebnisse feststanden, eine knappe Entscheidung voraussagten. Das Abstimmungsergebnis ist eine Niederlage für alle, die die Ultimaten und Drohungen an das griechische Volk gerichtet haben, eine Niederlage für Obama, Merkel/Gabriel, Hollande, Junker, ihren Eurogruppenchef, die EZB und den IWF – eine Niederlage für alle, die vom griechischen Volk ein »Ja« verlangt haben. Das Abstimmungsergebnis ist insbesondere auch eine Niederlage für die Repräsentanten der Sozialdemokratie, die das »Ja« gefordert haben, eine Abfuhr für die Spaltungsversuche des EGB, der als Institution der EU handelnd, am 1. Juli den Abbruch des Referendums forderte. Insbesondere die Arbeiterschaft und Jugend haben ihr Nein durchgesetzt gegen die massiven Angriffe der Führungen der sozialdemokratischen Parteien, insbesondere ihrer deutschen Protagonisten, Gabriel und Schulz, die in durch und durch antidemokratischer Manier Ultimatum auf Ultimatum an das griechische Volk gerichtet haben und richten, und die jetzt den Erfolg des griechischen Volkes mit allen Mitteln zunichte machen wollen.

Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, drückt dies im Tagesspiegelinterview klar aus: *„Ein neues Hilfsprogramm für Griechenland gibt es nur gegen die verbindliche Zusage von Reformen und eigenen Anstrengungen. Das heißt: Finanzielle Unterstützung darf nur Zug um Zug und nur jeweils nach erbrachten Reformleistungen freigegeben werden. Deren Umsetzung muss permanent überwacht werden. Ein sozialdemokratischer Grundsatz lautet: Solidarität mit denen, die Hilfe brauchen und sich anstrengen. Ohne Bedingungen wird mit der SPD kein Geld fließen.“*

Gabriel und Oppermann, die - an der Seite Merkels - dem griechischen Volk das Recht auf souveräne Entscheidungen absprechen, die ihm »Zug um Zug« die Daumenschrauben andrehen, während sie in Deutschland selbst von einer zahlreiche Sektoren erfassenden Streikwelle erschüttert werden, der sie mit ihrer Antistreikgesetzgebung ("Tarifeinheitsgesetz" - TEG) versuchen Herr zu werden, greifen mit der von ihnen

propagierten »Solidarität« auf die Methoden der verhassten Agendapolitik für ganz Europa zurück. Das »Hilfspaket«, das Oppermann dem griechischen Volk offerieren will, funktioniert nach der zynischen Methode des »Förderns und Forderns«, die Millionen in Deutschland in die Massenarbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Armut getrieben hat. Darin wurzeln Gabriels und Oppermanns antidemokratische und antisoziale Attacken gegen das griechische Volk und seine Arbeiterschaft. Sie vertreten die Positionen des deutschen Kapitals: *„Speziell für Griechenland muss aber klar sein, dass ohne Abtretung von Souveränitätsrechten weitere Hilfen nicht darstellbar sind“*, erklärt M. Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln. Merken wir uns: »Speziell für Griechenland« heißt, Griechenland ist keine Ausnahme“!

Sie alle sind zugleich von derselben Sorge getrieben, wie der französische Notenbankchef, der zur Eile mahnte, da er in Griechenland "Aufruhr" und "Chaos" befürchtet. Denn die griechische Bevölkerung kann und will die Sparprogramme, die Armut, Arbeitslosigkeit und Zerstörung des Gemeinwesens hervorrufen, nicht mehr erdulden. Das hat sie in den Demonstrationen und Streiks der letzten Jahre, in der Abwahl der früheren Regierung und nun im Referendum zum Ausdruck gebracht. Und dies bringt sie ebenso in ihren Demonstrationen gegen die Angebote der Regierung an die »Institutionen«.

Dem Versuch die griechische Regierung durch Erpressung in die Knie zu zwingen, ist der Regierungschef Tsipras nun nachgekommen. Er offeriert ein Paket in weitgehender Übernahme der Forderungen der Troika/»Institutionen«, so z. B.:

- weitere Privatisierungen öffentlichen Eigentums, wie Häfen und Telekommunikation
- Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre
- Erhöhung der Mehrwertsteuer, z. B. bei Lebensmitteln auf 23 %

etc., etc. ....

Ohne Zweifel: Das »Nein« des griechischen Volkes vom 5. Juli 2015 soll ausradiert werden. Erneut soll dem griechischen Volk ein »Hilfsprogramm«, tatsächlich ein Programm zur Verarmung der Bevölkerung, der Preisexplosion, zur Zerstörung sämtlicher Errungenschaften, des Gesundheitswesens, der Renten etc. diktiert werden.

Doch alle wissen: Kein Deal auch nicht der nächste, den die Tsipras-Regierung mit der »Institutionen« genannten Troika im Interesse des Finanzkapitals eingeht, wird diese Krise beenden. Denn es ist die Krise ihres »sozialen Europas«. Die Ergebnisse solcher Politik haben wir in Deutschland in den letzten 30 Jahren zu spüren bekommen: die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Senkung der Löhne und das Ansteigen der Altersarmut. In bestimmter Hinsicht haben wir in Deutschland seit der Agendapolitik verschiedene Elemente dieser Schocktherapie bereits hinnehmen müssen, wenn wir die Hartzgesetze, die Rente mit 67 und die Schuldenbremse betrachten.

Wirkliche Solidarität mit dem griechischen Volk, dessen Nein vom 5. Juli 2015 ein Impuls für die Arbeiterschaft in ganz Europa ist, heißt deshalb in Deutschland den Kampf aufzunehmen gegen die Schuldenbremse, gegen die Angriffe auf das Streikrecht, gegen die Deregulierung der Arbeit etc. gegen den verschärften Agenda-Kurs der Regierung der Großen Koalition.

Die AfA hat bei ihrer letzten Bundeskonferenz in Leipzig einen Antrag angenommen, in dem es heißt:

*„Die AfA lehnt die brutalen Spardiktate gegen die Arbeitnehmerschaft und Völker Europas zur Sicherung, Garantie und Rettung der Profite für Banker und Spekulanten ab. Vor diesem Hintergrund und angesichts des steigenden, unabweisbaren Milliardenbedarfs allein zur Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur, Basis einer öffentlichen Daseinsvorsorge, weist die AfA die Ausrichtung und Unterordnung der Haushalte unter diese Anforderungen zurück und fordert:*

- *Stopp der Austeritätspolitik in Europa;*
- *Stopp jedes Cents für die Bankenrettung;*
- *Aussetzung aller Troika-Programme der Austerität und Strukturreformen gegenüber den Arbeitnehmern und Völkern Europas;*
- *Aussetzung der entsprechenden Verträge, Richtlinien und Verordnungen, die diese Programme gebieten, wie Fiskalvertrag und Pakt für Wettbewerbsfähigkeit.*

*Der Weg zu einem solidarischen Europa der ArbeitnehmerInnen und des Bündnisses der*

freien Völker führt nicht über die politischen Diktate der Finanzmärkte und der Troika.“

Wir wenden uns in diesem Sinne an die AfA und ihren Bundesvorstand, an die Abgeordneten der AfA. Nehmen wir im Respekt vor der Demokratie und seiner souveränen Abstimmung das Nein des griechischen Volkes auf: Abgeordnete, die sich auf die Demokratie und die Interessen der arbeitenden Bevölkerung berufen, können nur Nein sagen zu den immer neuen Milliarden für Banken und Spekulanten, zu den mörderischen Spardiktaten, die alle Länder Europas in ein Chaos stürzen werden, das dem Griechenlands vergleichbar ist.

Das ist der Weg, in Solidarität und Einheit mit den griechischen, spanischen, portugiesischen... mit allen Arbeitnehmern Europas den Kampf aufzunehmen

- für die Rücknahme der mörderischen Spardiktate!
- für die Aufhebung der Schuldenbremse
- für die Streichung der Schulden. Das sind nicht die Schulden des Volkes!
- für das Nein zum Diktat der Regierung Merkel/Gabriel und der »Institutionen« gegen die Demokratie und die Souveränität der Völker!

Mit solidarischen Grüßen

**gez. H.-W. Schuster**  
AfA-Vorsitzender

**gez. Beate Sieweke**  
stellv. AfA-Vorsitzende

**gez. Peter Kreutler**  
stellv. AfA-Vorsitzender